



Das ehemalige Feuerwehrmagazin an der Hofstettenstrasse soll nicht zu einer Buvette umfunktioniert werden, fordern Thuner Stadträte.

## Stadträte gegen Buvette

**THUN** Das Tauziehen um die geplante Buvette am Aarequai geht in die nächste Runde: Stadträte wollen die Pläne des Gemeinderates vereiteln. Doch nun bringt Bauvorsteher Konrad Hädener neue Fakten ins Spiel.

Das Ehepaar Rolf und Dorothea Lemberg ist zurzeit nicht besonders gut auf den Thuner Gemeinderat zu sprechen. Denn dieser möchte das alte Feuerwehrmagazin an der Hofstettenstrasse zu einer Buvette umbauen (wir berichteten). Doch so eine kleine Trinkstube würde das gleich nebenan liegende Restaurant Dampfschiff im historischen Ländtchen konkurrenzieren, welches Lembergs der Stadt im Baurecht abgekauft haben. Das Ehepaar erhielt den Zuschlag vor beinahe 20 Jahren nur unter der Voraussetzung, dass 1870 geschlossene Restaurant wieder zu eröffnen.

Das Vorgehen des Gemeinderates sei ein Vertrauensbruch, hielt Rolf Lemberg vor kurzem gegenüber dieser Zeitung fest. «Es kann nicht im öffentlichen Interesse liegen, dass das Dampfschiff in den wettermässig guten Zeiten die Gäste, auf die der Betrieb angewiesen ist, mit einer Edelbuvette à la Eden Beach in Gunten teilen muss.»

Dieser Meinung sind auch die beiden Thuner Stadträte Philipp Deriaz (SVP), Reto Vannini (BDP) und Mitunterzeichnende. Sie haben an der letzten Sitzung des Rates ein Postulat mit dem

Titel «Verzicht auf die Errichtung einer Buvette am Aarequai» eingereicht. «Die Art und Weise wie dieses Projekt umgesetzt wird, stösst sowohl bei Direktbetroffenen als auch bei Aussenstehenden auf Unverständnis», steht in dem Postulat. «Einzelne Aussagen seitens des Gemeinderates und der Stadtverwaltung sind aus Sicht der Postulanten ungenau respektive falsch. Es entsteht der Eindruck, dass dieses Projekt auch nach dem negativen Vorentscheid der kantonalen Behörden über Sonderregelungen mit allen Mitteln umgesetzt werden soll.»

Da ist einmal der Aspekt von Angebot und Nachfrage. «Zahlen und Fakten belegen, dass das Gleichgewicht betreffend Angebot und Nachfrage nicht stimmt», schreiben Deriaz und Vannini. «Ist es also politisch klug, zusätzliche neue Betriebe zu fördern, wenn die bis dato bestehende Kapazität nicht ausgelastet ist? Das Angebot am Aarequai für einen kleinen Snack ist schon heute eher gross.»

### Problematische Konkurrenz?

Weiter haben sich die Postulanten Gedanken zur Konkurrenzsituation gemacht. Eine vom Amt

für Stadtliegenschaft in Auftrag gegebene Machbarkeitsstudie komme zu einem positiven Schluss und beurteile die Konkurrenzsituation einer Buvette am Aarequai aufgrund der unterschiedlichen Angebote als unproblematisch. «Aus unserer Sicht ist diese Beurteilung zu wenig gesamtheitlich: In unmittelbarer Nähe bieten die Bäckerei Hirsbrunner und das Restaurant Dampfschiff sehr wohl auch Produkte im gleichen Segment wie die Buvette an. Eine Sonderbewilligung für einen neuen Gastrobetrieb kann nicht nachvollzogen werden.»

Der Thuner Bauvorsteher, Gemeinderat Konrad Hädener (CVP), ist jedoch der Meinung, dass für die Buvette gar keine Sonderbewilligung nötig wäre. «Bei der Thuner Ortsplanungsrevision 2002 wurden alle Uferpartien der Stadt, darunter auch die Promenaden, der Uferschutzzone gemäss dem kantonalen See- und Flussufergesetz (SFG) zugeteilt», erklärte er. «Dies entsprach aber weder den örtlichen Gegebenheiten, noch den SFG-Richtlinien für die Region Thun», hielt das kantonale Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR) 2009 fest. Die Bezeichnung Uferschutzzone sei unglücklich gewählt und sei in der kommenden Ortsplanungsrevision zu korrigieren. Das AGR musste sich damals mit der Mate-

rie befassen, weil mehrere Restaurants in See- oder Flussuferzone eine Baubewilligung einreichen mussten, um Aussensitzplätze einzurichten. «Das AGR sagte damals darüber hinaus, Aussensitzplätze in Ufernähe entsprächen sehr wohl einem öffentlichen Interesse und widersprächen auch den Bestimmungen des SFG nicht», sagte Hädener weiter.

### «Das AGR widerspricht sich»

Aber: Im Amtsbericht zum Baugesuch zur Einrichtung einer Buvette schrieb ebendieses AGR, dass die Baubewilligung zu verweigern sei, da für den Betrieb das öffentliche Interesse fehle und ein Standort in der Uferzone nicht notwendig sei. Die Vorgaben des See- und Flussufergesetzes würden nicht erfüllt. «Hier widerspricht sich das AGR selbst», sagt Konrad Hädener. «Der Amtsbericht zur Buvette wurde offensichtlich in Unkenntnis der ausführlichen Erwägungen von 2009 verfasst.»

Der Gemeinderat bereitet nun seine Antwort auf das dringliche Postulat von Deriaz/Vannini vor und wartet auf den Entscheid des Regierungsratspräsidenten. Fällt dieser negativ aus, «dann ist halt so», sagte Hädener. «Wir wollen das Projekt nicht um jeden Preis durchboxen. Es wäre aber eine Chance zur Aufwertung vertan.»

Marc Imboden

## Dem Parkhaus steht nichts mehr im Weg

**SCHLOSSBERG** Regierungsratspräsident Marc Fritschi gibt grünes Licht für das Parkhaus im Thuner Schlossberg: Er hat die Baubewilligung erteilt.

Am 1. September verkündete Raphael Lanz, Thuner Stadtpräsident (SVP) und Verwaltungsratspräsident der Parkhaus Thun AG, den Baustart für das Parkhaus im Schlossberg. Mit den Einsprechern habe eine Einigung erzielt werden können. Ausstehend waren zu diesem Zeitpunkt nur noch deren Unterschriften. Nun, gut 3 Wochen später, steht dem Bau auch formell nichts mehr im Weg: Wie das Regierungsratspräsidenten gestern mitteilte, hat Regierungsratspräsident Marc Fritschi die Baubewilligung für das 42-Millionen-Franken-Projekt erteilt. «Für mich ist dies ein echter Meilenstein in der Parkhausgeschichte», freute sich Lanz. Durch beharrliche Teamarbeit sei man damit dem Schlossberg-Parking einen weiteren und entscheidenden Schritt näher gekommen.

### Einsprachen zurückgezogen

Anlässlich der Einspracheverhandlung war vereinbart worden, dass die geologischen Untersuchungen der Bauherrenschaft im Rahmen eines Zweitgutachtens überprüft und Zusatzfragen der Einsprecher beantwortet werden. Nach diesen Abklärungen haben die Bauherrenschaft und die Einsprecher eine Vereinbarung abgeschlossen. Die drei Parteien, die Einsprache erhoben hatten, erhalten sogenannte Inkonvenienzenentschädigungen. Über die Höhe der Zah-

lungen haben die Beteiligten Stillschweigen vereinbart. Die Einsprachen wurden am 9. September zurückgezogen.

Nachdem die Prüfung der Projektunterlagen ergeben hat, dass diese den gesetzlichen Vorschriften entsprechen, gab Regierungsratspräsident Marc Fritschi grünes Licht für das Parkhaus, den Lift auf den Schlossberg sowie die erforderlichen Abbruch- und Anpassungsarbeiten.

Bereits am 3. August hatte Fritschi eine Teilbaubewilligung für den Fussgängerzugang von der Oberen Hauptgasse 29 her verkündet. Dank dieser konnten bereits Haustechnikenarbeiten, archäologische Grabungen sowie Vorarbeiten umgesetzt werden. Innerhalb von 26 Wochen wird nun der Rohbau erstellt.

### Eröffnung im Sommer 2018

Für Oktober sind Anpassungen an der Burgstrasse, der Abbruch der Liegenschaft Burgstrasse 17 sowie die Installationsarbeiten geplant. Die Burgstrasse wird während der gesamten Bauzeit zweispurig befahrbar bleiben. Nach der Erstellung der Baugrube erfolgt voraussichtlich ab Anfang 2016 der eigentliche bergmännische Vortrieb mit der sogenannten Teilschnittmaschine. Sprengungen sind nicht notwendig.

Für die Vortriebsarbeiten rechnet die Parkhaus Thun AG rund 1½ Jahre ein. Danach erfolgt der Innenausbau. Die Eröffnung des Parkings ist für den Spätsommer 2018 vorgesehen. Das Parkhaus soll dereinst rund 300 Fahrzeugen Platz bieten. Die Zufahrt erfolgt von einem noch zu erstellenden Kreisell an der Burgstrasse aus. *pd/nik*

## Nach einer Kollision fuhr eine Lenkerin in Mauer

**HÜNIBACH** Gestern sind ein Auto und ein Lastwagen kollidiert. Die 78-jährige Lenkerin, welche danach mit ihrem Fahrzeug in eine Hausmauer geprallt ist, musste verletzt ins Spital gebracht werden.

Der Kantonspolizei Bern wurde gestern kurz nach 10.30 Uhr ein Unfall gemeldet. Eine Autolenkerin hatte gemäss Medienmitteilung der Polizei beabsichtigt, in Hünibach vom Zedtwitzweg in die Staatsstrasse einzubiegen, als es dori aus noch zu klärenden Grün-

den zur Kollision mit einem in Richtung Interlaken fahrenden Lastwagen kam. Das Auto wurde dabei seitlich vom Lastwagen erfasst und kam schliesslich vis-à-vis vom Zedtwitzweg an einer Hausmauer zum Stillstand.

Die 78-jährige Autolenkerin wurde beim Unfall verletzt und musste mit einer Ambulanz ins Spital gebracht werden. Auf dem betreffenden Strassenabschnitt in Hünibach musste der Verkehr für die Dauer der Unfallarbeiten in Fahrtrichtung Interlaken umgeleitet werden. *pkb*

## Nach SP-Kritik lässt Lanz Plakate entfernen

**WAHLEN** Die SP Thun kritisiert Stadtpräsident Raphael Lanz (SVP): Sie stösst sich an seinen Wahlplakaten in den öffentlichen Parkhäusern, denen Lanz als Verwaltungsratspräsident vorsteht. Lanz hat bereits reagiert und die Plakate entfernen lassen.

Der Wahlkampf in Thun sorgte bisher für wenig Schlagzeilen und Nebengeräusche. Bis gestern: In einer Medienmitteilung kritisierte die SP Thun die Wahlwerbung von Stadtpräsident Raphael Lanz (SVP). Es würden ausschliesslich Lanz-Plakate in den Eingangsbereichen der Parkhäuser City Nord und City West hängen. Da der Stadtpräsident auch Verwaltungsratspräsident der Parkhaus Thun AG ist (die Stadt

Thun hat die Aktienmehrheit), vermutet die SP dahinter ein unlauteres Vorgehen. «Die SP Thun erachtet diese Wahlwerbung als stossend und hinterfragt deren Legitimation», steht in der Mitteilung. Es stelle sich die Frage, ob Exekutivmitglieder Wahlwerbung in Unternehmen machen dürfen, an welchen die öffentliche Hand beteiligt ist, und es sich hier aufgrund der Ämterkumulation um Amtsmissbrauch handle.

Lanz hat bereits auf die Vorwürfe reagiert und die Plakate entfernen lassen. «Nachdem die SP die Stadtkanzlei bezüglich der Möglichkeit für Gleichbehandlung aller Parteien angefragt hatte, liess ich unverzüglich via Rechtsdienst die rechtliche Situation abklären», teilte Lanz gestern auf Anfrage mit. Die Abklärungen hätten

ergeben, dass eine Gleichbehandlung aller Parteien aufgrund der grossen Anzahl Kandidierenden nicht möglich sei. «Entsprechend habe ich bei der Parkhaus Thun AG am Dienstagabend interveniert und verlangt, dass meine Plakate am Mittwochmorgen entfernt werden», hält Lanz fest. Dies sei auch geschehen. Die Parkhaus Thun AG habe die Wahlplakate auf Eigeninitiative in den beiden Parkhäusern aufgehängt. «Diesbezüglich habe ich – im Wissen, dass das Unternehmen von der öffentlichen Hand mitgetragen wird – weder einen Auftrag gegeben noch dahingehend lobbyiert», betont Lanz.

### Mail an alle Stadtangestellten

Damit nicht genug: Befremdet zeigt sich die SP ebenfalls über

ein internes Schreiben des Stadtpräsidenten an alle Mitarbeitenden der Stadt. In diesem Mail nehme Lanz Stellung zu seinem Entscheid, nicht als Kandidat für die Regierungsratsersatzwahlen im Februar 2016 zur Verfügung zu stehen (vergleiche Ausgabe vom 19. September). Gleichzeitig schreibe Lanz, dass ein Nationalratsmandat sein Amt als Stadtpräsident «ideal ergänzen» würde und verweise auf seine private Wahl-Homepage. Auch hier stelle sich die SP die Frage, ob dieses Vorgehen legitim sei. «Das ist nicht nur legitim, es war auch richtig und wichtig», entgegnet Lanz. Die Frage einer allfälligen Kandidatur habe die Mitarbeitenden beschäftigt, «entsprechend wurde erwartet, dass ich direkt informiere», so Lanz. *rdh*

ANZEIGE

**Kostenlose Weindegustation**

am Samstag, 26. September 2015  
von 11 bis 16 Uhr im Verdi, Bern

Degustieren Sie kostenlos die Promotionsweine der Bindella-Weinhandlung – darunter Spitzenzeugnisse von Antinori, Barbi, Masi und Ornellaia. Und geniessen Sie dazu italienische Happchen.

Willkommen im Gewölbekeller des Ristocante Verdi! Gerechtigkeitsgasse 7, 3011 Bern

bindella.ch

**Bindella**  
la via è bella